



Barbara Müller ist langjähriges Mitglied des Afrika-Komitees und der KEESA. Die Ethnologin ist Doktorandin am Zentrum für Afrikastudien der Universität Basel. Kontakt: b.mueller@unibas.ch.

Erleben wir gerade eine Neuausrichtung afrikanischer Politik? Hinweise darauf sind durchaus vorhanden: Afrika verlangt von den Ländern des Nordens substantielle Kompensationen für die massiven Auswirkungen der Klimaerwärmung, die der Kontinent erdulden muss, ohne zu dieser Katastrophe beigetragen zu haben. Auch die Forderungen nach einer Reform des UNO-Sicherheitsrats und einem permanenten Sitz für Afrika werden lauter. Sind dies Anzeichen für eine Hinwendung zu den panafricanischen Idealen der Selbstbestimmung, die in der frühen Postkolonie die Politik vieler afrikanischer Staaten prägte, anschaulich dargestellt von der amerikanisch-äthiopischen Historikerin Adom Getachew in ihrem Buch «Die Welt nach den Imperien»?

Das vor Ihnen liegende Afrika-Bulletin geht diesen Fragen nach. Im einleitenden Beitrag beleuchtet Elísio Macamo das Spannungsverhältnis zwischen Ideologie und Pragmatismus in der afrikanischen Politik der Vergangenheit wie der Gegenwart. – Mit ihrer gegen Frankreich gerichteten Politik bedienen die neuen Machthaber im Sahel antikoloniale, panafricanische Gefühle in der Bevölkerung. Ob es sich dabei um mehr als populistische Rhetorik handelt, lässt sich im jetzigen Zeitpunkt nicht bestimmen, meint Lamine Samané. – Die Militärputsche in Burkina Faso, Mali und Niger haben die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) in eine Krise gestürzt, die im Austritt der drei Länder gipfelte. Claus-Dieter König und Franza Drechsel diskutieren die komplexen Hintergründe und möglichen Auswirkungen dieses Schritts, bei dem die Themen Selbstbestimmung und Souveränität Teil der Gleichung sind. – Für seine Klage gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof erhielt Südafrika viel Lob. Elísio Macamo fragt, ob der Klage tatsächlich eine auf einer Verantwortungsethik beruhende Politik der südafrikanischen ANC-Regierung zugrunde liegt, und legt den Finger auf die fehlende Verurteilung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. – Und schliesslich beschreibt Melusi Nkomo die erprobten Taktiken des autokratischen Regimes in Zimbabwe zum Machterhalt durch Wahlen: die international kritisierte Wahlfarce führte dennoch zum angestrebten Ziel.

Und noch eine Nachricht in eigener Sache: das Afrika-Bulletin wird sein Erscheinen auf Ende Jahr einstellen. Genauer zu den Überlegungen, die uns zu diesem Beschluss geführt haben, erfahren Sie auf Seite 16.

Im Bewusstsein darum wünschen wir für diese Ausgabe und die drei folgenden eine besonders anregende Lektüre. ■

Barbara Müller

Impressum

Ausgabe 193 | März 2024

ISSN 1661-5603

Das «Afrika-Bulletin» erscheint vierteljährlich im 49. Jahrgang.
Herausgeber: Afrika-Komitee, Basel, und Zentrum für Afrikastudien Basel.

Redaktionskommission: Veit Arlt, Susy Greuter, Elísio Macamo, Barbara Müller und Hans-Ulrich Stauffer

Das Afrika-Komitee im Internet: www.afrikakomitee.ch
Das Zentrum für Afrikastudien im Internet: www.zasb.unibas.ch

Redaktionssekretariat: Beatrice Felber Rochat
Afrika-Komitee: Rüdengasse 2, Postfach, 4001 Basel, Schweiz
Telefon: (+41) 061 691 62 93

E-Mail Redaktionelles: afrikabulletin@afrikakomitee.ch
E-Mail Abonnemente und Bestellungen: info@afrikakomitee.ch

Postcheck-Konto: IBAN CH2609000000400177543

Für Überweisungen aus dem Ausland:
in Euro: Postkonto, IBAN CH4009000000913986679
(Bic SwiftCode: POFICHBEXXX; Swiss Post, PostFinance, CH-3000 Bern)

Mitarbeitende dieser Ausgabe: Veit Arlt (Red.), Franza Drechsel, Pius Frey, Elisa Fuchs, Susy Greuter (Red.), Claus-Dieter König, Caro van Leeuwen, Elísio Macamo, Barbara Müller (Red.), Melusi Nkomo, Lamine Samané, Hans-Ulrich Stauffer (Red)

Druck: Rumzeis-Druck, Basel

Inserate: Gemäss Tarif 5/99, Beilagen auf Anfrage
Jahresabonnement: Fr. 40.–/Euro 40.–
Unterstützungsabonnement: Fr. 50.–/Euro 50.–
Im Mitgliederbeitrag von Fr. 60.–/Euro 60.– ist das Abonnement enthalten.

Redaktionsschluss Nummer 194: 15. April 2024

Schwerpunktthema: Mode
Schwerpunktthemen der nächsten Ausgaben: Transnationale Migration, Silk&Belt Initiative, Bildende Kunst in Afrika, Einflüsse Afrikas auf uns persönlich

Interessierte an einer Mitarbeit sind eingeladen, mit der Redaktion Kontakt aufzunehmen.

Unser Titelbild:
Burkina Fasos Übergangspräsident Ibrahim Touré und Vladimir Putin am zweiten russischen Afrika Gipfel in St. Petersburg im Juli 2023 (Bild: Sergei Bobylev, IMAGO/ITAR-TASS/Sipa USA).

Auf der Suche nach dem Weg

Politisches Handeln zwischen Gesinnung und Verantwortung

Die Positionsbezüge afrikanischer Staaten zum Ukrainekrieg haben eine Dynamik in deren strategischen Allianzen aufgezeigt. Elisio Macamo versucht diese Dynamik zu analysieren, indem er das Spannungsverhältnis zwischen Ideologie und Pragmatismus ausleuchtet, das dabei erkennbar wird.

Ideologie als das Bekenntnis zu einer ganz bestimmten Lesart, warum die Welt existiert, drückt sich in einer bestimmten Auslegung der politischen und wirtschaftlichen Phänomene aus, die die Welt ausmachen, und demzufolge in der Verpflichtung, die Welt im Sinne dieser Interpretation zu verändern (Gesinnungsethik). Pragmatismus hingegen ist die Haltung, zu versuchen, das zu tun, was man zu einem bestimmten Zeitpunkt unter den gegebenen Umständen für angemessen hält (Verantwortungsethik).

Es ist schwierig, diese beiden Elemente zu trennen. Das Tanzania von Julius Nyerere zum Beispiel sah das Schicksal des afrikanischen Kontinents durch eine ungerechte internationale Ordnung bestimmt. Die Innenpolitik des Landes spiegelte die Verpflichtung wider, die Mängel dieser ungerechten Ordnung zu korrigieren. Dennoch war das Land stets darauf bedacht, das zu tun, was unter den gegebenen Umständen möglich war, ohne jemanden anzugreifen oder anzufeinden. Das Gleiche gilt für Senghors Senegal, Kaundas Zambia und sogar bis zu einem gewissen Grad für Haile Selassies Äthiopien, um nur einige Beispiele zu nennen.

Alles oder Nichts

Mozambique zum Beispiel war anders. Die Befreiungsbewegung FRELIMO vertrat eine marxistische Interpretation der menschlichen Geschichte. Folglich betrachtete sie, ganz im Sinne Lenins, den Kolonialismus als eine Erscheinungsform des Imperialismus, der nach Ansicht des grossen russischen Revolutionärs die letzte Phase des Kapitalismus darstellt. Das revolutionäre Projekt, dem sich die FRELIMO nach der Ausrufung der Unabhängigkeit verschrieben hatte, liess sich nicht mit der pragmatischen Notwendigkeit vereinbaren, keine Empfindlichkeiten zu verletzen. Es ging um alles oder nichts. Mehrere andere Länder wie zum Beispiel Guinea unter Sekou Toure, Mali unter Modibo Keita und auch Somalia unter Siad Barre folgten diesem Beispiel.

Das soll nicht heissen, dass es auf dem afrikanischen Kontinent nicht auch Regime gab, die sich wenig um diese quasi-akademischen Unterscheidungen scherten. Mobutus Zaire und Bokassas Zentralafrikanische Republik konzentrierten sich mehr auf die Opportunität des Augenblicks und verwandelten so die Verwaltung ihrer Länder in eine Art Machterhalt im Interesse der Macht selbst. Manchmal blinkten sie nach links und bogen dann rechts ab – oder umgekehrt.

Pragmatismus löst Ideologie ab

Ab den 1980er Jahren gab es auf dem afrikanischen Kontinent deutliche Anzeichen dafür, dass der ideolo-

gische Pol zugunsten des Pragmatismus als einer auf Verantwortungsethik basierenden Haltung aufgegeben wurde. Das Ende des Kalten Krieges und das vorübergehende Verschwinden einer halbwegs glaubwürdigen Alternative zum westlichen Modell, trugen wesentlich zu diesem Wandel bei. Der afrikanische Pragmatismus manifestierte sich in einer grösseren Offenheit gegenüber dem liberalen politischen und wirtschaftlichen Modell. Der Sturz mehrerer autoritärer Regime war stark von den nationalen Konferenzen geprägt, die in vielen afrikanischen Ländern ein Mehrparteiensystem verlangten.

Das Problem ist jedoch, dass dies die strukturelle Position des afrikanischen Kontinents in der Welt nicht unbedingt verändert hat. Die afrikanischen politischen Eliten und die von ihnen regierten Gesellschaften erkannten bald, dass Demokratie und Marktwirtschaft zunächst nicht die Lösung für ihr Problem mit einer Welt waren, die sie nicht nach ihrem Bilde geschaffen hatten. Demokratie und Marktwirtschaft waren in der Tat Probleme, genauer gesagt, notwendige Probleme. Mit anderen Worten, die politischen und wirtschaftlichen Konzepte, die diesen den afrikanischen Ländern mit dem Ende des Kalten Krieges aufgezwungenen Pragmatismus untermauern sollten, waren Kreaturen, die erst einmal gezähmt werden mussten, bevor sie für den Kontinent von Nutzen sein konnten.

Ein neues Umfeld

Der Aufstieg Chinas und das Wiederaufleben eines imperialistischen Russlands in Verbindung mit den Schwierigkeiten, Demokratie und Marktwirtschaft zu zähmen, schufen ein diskursives Umfeld, in dem sich die Frage von Ideologie und Pragmatismus erneut stellte. Diesmal hat sich die Ideologie jedoch nicht auf die gleiche Weise manifestiert wie in der Vergangenheit. Es gibt zum Beispiel keine bewusste Entscheidung für den Marxismus, sondern eher eine Abkehr vom Westen. Diese Abkehr manifestiert sich in einem Diskurs, der den Neokolonialismus verurteilt, und der zum wichtigsten Narrativ geworden ist, auf dessen Grundlage die afrikanischen politischen Eliten versuchen, ihre gescheiterten Bemühungen um die Entwicklung des Kontinents zu erklären.

Dies scheint der Kontext zu sein, der erklärt, was derzeit in Westafrika geschieht. Frankreich ist wieder einmal Hauptschuldiger für das, was nicht gut läuft. Staatsstreiche nutzen diese Ressentiments, um sich zu legitimieren. Aber selbst dort, wo keine Staatsstrieche durchgeführt werden, wie in Südafrika, ist Mandelas Pragmatismus durch die Sorge des ANC ersetzt worden, dass das, was er nicht schafft, durch ein angebliches westliches Engagement für einen «Regimewechsel» erklärt werden kann.

Afrika steht wieder einmal am Scheideweg. Der Kontinent steht weiterhin vor dem Problem, die Spannung zwischen Ideologie und Pragmatismus zu formulieren, die es ihm ermöglichen wird, der Erstickung zu entkommen, der die Geschichte den Kontinent ausgesetzt hat. Das wird nicht einfach sein, doch frei und souverän zu sein, ist letztlich das Privileg, den eigenen Weg zu suchen. Und das ist hart. ■



Elisio Macamo ist Professor für Afrikastudien am Departement Sozialwissenschaften der Universität Basel. Kontakt: elisio.macamo@unibas.ch (Bild: Veit Arlt).

Sahel-Exit in Westafrika

Drei Staaten verlassen die regionale Gemeinschaft ECOWAS

Am 28. Januar 2024 erklärten die Militärregierungen in Burkina Faso, Mali und Niger in einem gemeinsamen Communiqué ihren Austritt aus der ECOWAS – ihr Hauptvorwurf: die Vereinnahmung der ECOWAS durch «ausländische Mächte». Das ist nicht ganz von der Hand zu weisen, schreiben Claus-Dieter König und Franza Drechsel von der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Die ECOWAS-Mitgliedschaften Burkina Fasos, Guineas, Malis und Nigers sind seit den Regierungsumstürzen in diesen Ländern suspendiert. Sie ruhen, bis die einst angekündigte Übergangszeit jeweils beendet ist und nach Neuwahlen eine demokratisch legitimierte Regierung wieder das Ruder übernimmt. Alle vier Staaten haben die zuletzt anvisierten Wahltermine bis auf Weiteres verschoben. Der Schritt von Mali, Burkina Faso und Niger, die sich seit September 2023 in der Allianz der Sahelstaaten (AES) zusammengeschlossen haben, wird auch als Zeichen gelesen, sich den von ECOWAS und dem Westen diktierten Neuwahlen zu verwehren. In jedem Fall demonstrieren die drei Regierungen einmal mehr ihren Bruch mit bis dahin für gegeben gehaltenen Strukturen und ihre Abwendung vom Westen.

Unter dem Motto «Néosouverainisme» (in etwa «neuer Souveränismus») handeln die Regierungen Malis, Burkina Fasos und Nigers gegen die Ex-Kolonialmacht Frankreich und reklamieren für sich auf häufig radikale, teils autoritäre Weise, revolutionäre Ziele zu verfolgen, darunter die Selbstbestimmung ihrer Staaten. Vor diesem Hintergrund überrascht die Begründung für den – bisher nicht offiziell eingereichten – Austrittswunsch nicht: So habe sich die 1975 gegründete ECOWAS mit zuletzt 15 Mitgliedstaaten von den Idealen ihrer Gründerväter und vom Panafrikanismus entfernt. «Darüber hinaus ist die ECOWAS unter dem Einfluss ausländischer Mächte und dem Verrat ihrer Gründungsprinzipien zu einer Bedrohung für ihre Mitgliedstaaten und ihre Bevölkerung geworden, deren Glück sie eigentlich sichern sollte», heisst es im Communiqué.

Es lässt sich in der Tat nicht leugnen, dass der Staatenbund zunehmend zum Instrument der EU geworden ist, um die politischen und wirtschaftlichen Interessen Europas zu verfolgen, anstatt im Sinne der Menschen in Westafrika zu agieren.

Die Notwendigkeit, in Frankreichs Gunst zu stehen

Auf die Putsche in Mali, Burkina Faso und Niger reagierte die ECOWAS mit unterschiedlich harten Sanktionen, um ihrer Forderung nach kurzen Übergangsphasen und der schnellen Durchführung von Wahlen Nachdruck zu verleihen.

Die Sanktionen wurden aus verschiedenen Gründen verhängt; dass sie jedoch gegen Mali und Niger besonders hart ausfallen, hat nicht zuletzt mit der Relevanz der Länder für Frankreich bzw. die Europäische Union zu tun. In Mali hatte Frankreich zu dem Zeitpunkt viele Truppen stationiert, um die malische Armee im Kampf gegen dschihadistische Gruppen zu unterstützen. Nachdem die Soldat:innen dort unerwünscht geworden wa-

ren, wurden sie nach Niger geschickt. Das Land galt als Europas regionale Bastion gegen den dschihadistischen Terrorismus und als Fokusland, mithilfe dessen die Migration in Richtung Europa unterbunden werden sollte.

Kein Wunder, dass die Bevölkerungen der ECOWAS-Staaten die Regionalorganisation als verlängerten Arm Frankreichs sehen und die Sanktionen als implizit von Frankreich diktiert verstehen. Das liegt auch daran, dass die Staats- und Regierungschefs der früheren französischen Kolonien de facto noch immer in der Gunst des französischen Präsidenten stehen müssen, um gewählt zu werden bzw. sich halten zu können.

Die möglichst schnelle Rückkehr zum Präsidialsystem französischer Prägung und damit die Wiedereinsetzung der früheren politischen Klasse stehen nicht im Interesse der Menschen, wie die letzte Umfrage des «Mali-Mètre» von 2023 gezeigt hat. Somit ging es den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der ECOWAS mit ihren Sanktionen nicht um mehr Demokratie für die Bevölkerungen von Mali, Guinea, Burkina Faso und Niger oder allgemein um ihr Wohlergehen, sondern um ihren eigenen Machterhalt.

Statt allerdings ein Umlenken der Putschisten zu bewirken, führten die Sanktionen vielmehr dazu, dass die Bevölkerung sich klarer hinter die Militärregierung stellte – in der Hoffnung, dass endlich eine Regierung ihre Belange ernst nimmt. Ein Grossteil der aktuell von Militärs Regierten fühlt sich von der ECOWAS verraten und im Stich gelassen – und führt das auch auf den Einfluss Frankreichs und der EU zurück.

Verhinderung wirtschaftlicher Entwicklung

Die EU und besonders Frankreich spielen auch bei der Festigung unfairer Handelsbeziehungen eine grosse Rolle. Die kolonial gewachsenen und postkolonial fortgeschriebenen Ausbeutungsverhältnisse sollten im von der EU und der ECOWAS ausgehandelten und 2014 angenommenen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) vertieft werden. Dieses sollte zwar den ECOWAS-Staaten Zugang zur EU ohne Handelszölle sichern, sah aber auch vor, dass die Einfuhrzölle von EU-Waren in die ECOWAS über einen gewissen Zeitraum sinken. Damit hätten EU-Waren westafrikanische Märkte fluten und lokale Wirtschaftszweige kaputt machen können. Es kam nicht dazu, denn tatsächlich unterzeichneten die Mitgliedstaaten das Abkommen nicht. Schwer wog unter anderem, dass Zolleinkünfte einen bedeutenden Teil der westafrikanischen Staatseinnahmen ausmachen und ihr Wegfall kaum zu kompensieren wäre.

Gleichzeitig nutzte die EU die Gelegenheit, bilaterale Interimsabkommen mit Ghana und Côte d'Ivoire auszuhandeln. Da innerhalb der ECOWAS die Freizügigkeit von Waren gilt, sind die bilateralen Abkommen für die anderen ECOWAS-Staaten von Nachteil – denn obwohl sie das EPA nicht unterzeichnet haben, kommen nun erleichtert EU-Waren über Ghana und Côte d'Ivoire in ihre Länder (was auch die Zahlen über die deutlich gestiegenen Exporte der EU nahelegen). Nicht selten sind diese, zum Beispiel im Lebensmittelbereich, subventioniert und damit günstiger als nicht subventionierte westafrikanische Lebensmittel. Das ist zwar für die Verbraucher:innen positiv, nicht aber für die Bäuer:innen, die ihre Erzeugnisse schlechter verkaufen können.



Die am 16. September 2023 gegründete Allianz der drei Sahel Staaten Burkina Faso, Mali und Niger allein bildet über die Hälfte des ursprünglichen ECOWAS Territoriums ab. Dazu kommt das ebenfalls suspendierte Guinea (Karte: Wikimedia.org).

Wie alle Freihandelsabkommen sind auch EPAs ein Hindernis für die Industrialisierung und wirtschaftliche Entwicklung westafrikanischer Staaten. Auf ausländischen Märkten können sie lediglich mit mineralischen Rohstoffen und wenigen landwirtschaftlichen Gütern (z.B. Kakao und Baumwolle) konkurrieren. Eine international konkurrenzfähige Industrie aufzubauen, ohne Importe industrieller Güter einschränken zu können oder mit Schutzzöllen zu belegen, ist nicht möglich.

Verlagerung der EU-Aussengrenzen innerhalb der ECOWAS

Ein anderes Beispiel dafür, wie die EU die ECOWAS untergräbt, betrifft nicht die Freizügigkeit von Waren, sondern diejenige von Menschen. Sie ist im ECOWAS-Statut von 1979 festgehalten: Es bedarf keiner Visa für Menschen, die in einem der Mitgliedstaaten der ECOWAS wohnhaft sind und innerhalb des Wirtschaftsraums reisen; ein ECOWAS-Pass ist dafür ausreichend. Das ist auch sehr sinnvoll in einer Region, in der Migration seit Jahrhunderten zum Alltag gehört. Menschen arbeiten saisonal im Nachbarland, gehen für einige Jahre fort, in seltenen Fällen auch für immer. In jedem Fall ist Migration existenziell, da Subsistenzwirtschaft in vielen Gegenden Westafrikas kaum ganzjährig zum Leben reicht.

Doch spätestens seit 2015 auf Druck und im Gegenzug zu hohen Geldzahlungen der EU in Niger ein Migrationsgesetz erlassen wurde, das sowohl Migrant:innen als auch jegliche Dienstleister:innen kriminalisiert, wurde die Freizügigkeit innerhalb der ECOWAS untergraben. Die EU schaffte es anhand verschiedener Instrumente, darunter Migrationspartnerschaften und der Einsatz der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, ihre Aussengrenzen nach Afrika zu verlagern – mitten hinein in die ECOWAS.

Nicht nur Menschen, die innerhalb der Region oder darüber hinaus migrieren wollen, sondern auch Händler:innen und Reisende wurden und werden zunehmend beim Passieren der Grenze gehindert, auch mit ECOWAS-Pass. Die Westafrikaner:innen wissen nur zu gut, dass sie die Kontrollposten letztlich der EU zu verdanken haben – was ihre Ablehnung der EU-Politik vergrößert, genauso wie ihre Enttäuschung gegenüber ihren eigenen Regierungen, die es nicht schaffen, sich gegen die EU durchzusetzen (bzw. das gar nicht wollen). Dass in Niger das umstrittene Gesetz im November 2023 wieder aufgehoben wurde, vermittelt im Gegenzug vielen Nigrer:innen den Eindruck, die neue Regierung handle nun in ihrem Interesse. ■

Claus-Dieter König leitet das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung Westafrika in Dakar, Franza Drechsel ist Referentin und Projektmanagerin Westafrika. Der Artikel, den wir nur in gekürzter (genehmigter) Form präsentieren, wurde uns vom Afrika-Referat der Stiftung zum Abdruck überlassen. Kontakt: claus-dieter.koenig@rosalux.org, franza.drechsel@rosalux.org. Link zum Originalbeitrag: www.rosalux.de/news/id/51587.

Die Militärregime in Mali, Burkina Faso und Ni

Zwischen Ideologie und politischem Pragmatismus

Lamine Samané umreisst den Charakter der Allianz der Sahelstaaten (AES), die Mali, Burkina Faso und Niger als Gegenmacht zur Westafrikanischen Wirtschaftsunion ECOWAS, welcher sie zuvor angehörten, gebildet haben. Der proklamierte Souveränismus, der den Bruch mit den früheren Bündnissen und die Abwendung von Frankreich begründet, dient der Mobilisierung des Volkes, das sich durch diese erneut kolonisiert sah. Samané's Frage bleibt, ob dieser Souveränismus noch dieselben Ziele hat, wie die Ideologie der Unabhängigkeitsbewegungen.

Die Regierungen von Mali, Burkina Faso und Niger, die alle drei aus Staatsstreich des Militärs hervorgingen, unterzeichneten am 16. September 2023 in Bamako die Liptako-Gourma-Charta: Sie gründeten damit die Allianz der Sahel-Staaten (AES), eine «Architektur der kollektiven Verteidigung und des gegenseitigen Beistands». Die drei Staaten schienen in dieselbe ideologische Richtung zu gehen: Souveränismus. Vor dem Hintergrund des Bruches mit den in Mali installierten Konfliktlösungsmechanismen (Minusma, Barkhane, Takuba, EUTM) hat die AES vor allem das Ende der G5-Sahel-Gruppe besiegelt. Die drei Staaten verpflichten sich,

der französischen Truppen, Kündigung der militärischen Verteidigungsabkommen mit Frankreich, Annäherung an den neuen Partner Russland – der in Fragen der Demokratie und der Menschenrechte weniger zimperlich ist. Im Zentrum steht jedoch der Rückgriff auf den «Souveränismus», also jene Ideologie, die in den frühen Jahren der Unabhängigkeit im Vordergrund stand.

Die neuen Machthaber übernahmen diese Ideologie als Leitmotiv, um mit der ehemaligen Kolonialmacht zu brechen. Die Rückkehr zu einem antikolonialen Motiv scheint einen Grossteil der Öffentlichkeit, lokal und in der Diaspora, zu bezirzen. Die neuen Regime nutzen



Auflauf des Mouvement du 5 Juin – Rassemblement des forces patriotiques (M5-RFP) unter Choguel Kokalla Maïga, zum einjährigen Bestehen der Bewegung om Bamako im Juni 2021 (Bild: Nicolas Remene, IMAGO/Le Pictorium).

den «Terrorismus» und die organisierte Kriminalität in ihrem Territorium gemeinsam zu bekämpfen. Vor allem aber wurde die AES gegründet, um einen Block gegen die ECOWAS (Economic Community of West African States) zu bilden. Diese hatte nach dem Staatsstreich des Generals Abdourahamane Tiani, dem ehemaligen Chef der Präsidentengarde, gegen Präsident Mohamed Bazoum mit einer Intervention in Niger gedroht.

Die Gemeinsamkeiten zwischen den drei Ländern sind zahlreich: Beendigung der militärischen Zusammenarbeit mit der ehemaligen Kolonialmacht, Abzug

diese Rhetorik allerdings auch, um sich mit einer härteren Gangart gegen jede Oppositionsbestrebung durchzusetzen.

Antikolonialismus, Souveränismus und Panafrikanismus als politische Ressourcen

Angesichts der Tatsache, dass Armeen im Allgemeinen konservativ sind, ist die Verbindung einer antikolonialen Ideologie mit Militärs, die sich nun jedoch als «Souveränisten» bezeichnen, interessant. Diese Ideologie war früher in Kreisen der extremen Linken ange-

siedelt, in Mali zum Beispiel in der SADI-Partei von Oumar Mariko oder bei der Globalisierungsgegnerin Aminata Dramane Traoré. Ironischerweise lebt Oumar Mariko, Panafrikanist mit Leib und Seele, der lange Zeit die französische Politik in Mali (und in Afrika im Allgemeinen) kritisierte, heute in Frankreich im Exil, weil er beschuldigt wird, im Sold des französischen Imperialismus zu stehen. Im Gegensatz dazu wird sein politischer Rivale, Choguel Kokala Maïga, jetzt als der wahre Nationalist gefeiert. Der derzeitige Premierminister des malischen Übergangs beansprucht das politische Erbe der Diktatur von General Moussa Traoré für sich. Das heisst, dass die politische Linie des ersten sozialistischen Präsidenten Modibo Keita heute von den Erben desselben Präsidenten vertreten wird, der ihn 1969 mit dem ersten Staatsstreich in Mali entmachtete. Es stellt sich die Frage nach der Aufrichtigkeit der keineswegs neuen Souveränitätsideologie und ihrer erneuten Popularität in der heutigen Sahelzone, wie darüber hinaus in ganz Afrika und in der Diaspora.

Dieser Neo-Panafrikanismus wurde in der Zeit nach der Unabhängigkeit gegen die Militärregime mobilisiert, als diese – manchmal zu Recht – beschuldigt wurden, die neokoloniale Ordnung wiederherzustellen. Heute ist jedoch zu beobachten, dass die Putschisten die souveränistische Ideologie systematisch als eine Art Garantie für ihren Machterhalt für sich beanspruchen. In Mali dauerte es eine Weile, bis sich dies mit dem zweiten Putsch, der «Übergangsberichtigung», abzeichnete, mit der wir einen radikalen Ideologiewechsel mit einer Annäherung an Russland und den Rückgriff auf «russische Ausbilder» erlebten. Dasselbe gilt für die Staatsstreich von Hauptmann Ibrahim Traoré, genannt «IB» (Burkina Faso) oder General Abdourahamane Tiani (Niger), die ebenfalls diese neue ideologische Linie übernahmen – möglicherweise aus Überzeugung, vor allem aber aus Pragmatismus: Es ist der einzige Diskurs, der in der Region mobilisiert, da die lokale Öffentlichkeit angesichts all der enttäuschten Erwartungen Hoffnung braucht.

Die Regime in der Sahelzone: Zurück zum Autoritarismus?

Die neuen Militärregime in der Sahelzone machen kein Geheimnis mehr aus ihrer Absicht, die Zügel der Macht in der Hand zu behalten. In allen drei Ländern gibt es heute eine Mobilisierung, die auf den Verbleib der Präsidenten im Amt abzielt. Die mehrfach verschobenen Wahlen in Mali haben die Organisation eines nationalen Referendums über die Verfassung der Vierten Republik nicht verhindert, das dem malischen «Übergangspräsidenten» Oberst Assimi Goïta die Möglichkeit geben sollte, als Kandidat anzutreten.

Unter diesen Militärregimen der Sahelzone wagen es nur wenige Stimmen, Kritik zu äussern, weil sie Gefahr laufen, sich im Gefängnis oder im Exil wiederzufinden. In Burkina Faso ist der Autoritarismus am stärksten ausgeprägt. Es kommt immer häufiger zu Entführungen oder zur Einberufung von Kritiker:innen, welche die Stimme gegen die Politik von Hauptmann Ibrahim Traoré erheben, um sie für den «Anti-Dschihad»-Kampf an die Front zu schicken. Der ehemalige Ausserminister Ablassé Ouedraogo wurde nach Kritik an

den Machthabern von der Polizei festgenommen. Rund 15 Gewerkschaften, die im Allgemeinen Gewerkschaftsbund Burkinas (CGT-B) zusammengeschlossen sind, hatten am 31. Oktober 2023 zu einer Demonstration gegen die «Einschränkungen der Freiheit» aufgerufen. Diese wurde schliesslich von der Stadtverwaltung der Hauptstadt wegen «Sicherheitsrisiken» verboten. In Mali wurden nach dem erzwungenen Exil des emblematischen malischen Oppositionspolitikers Oumar Mariko gesellschaftliche Akteur:innen wie Mohamed Youssouf Bathily alias «Ras Bath» und die Influencerin Rokia Doumbia alias «Madame vie chère», ins Gefängnis gesteckt, weil sie den Übergang kritisiert hatten. Auch Imame entgehen diesen Massnahmen nicht. Das Kollektiv zur Verteidigung des Militärs (CDM) in Mali, das sich heute in den sozialen Netzwerken entfaltet, ist Teil einer Strategie zur Neutralisierung abweichender Stimmen gegen die etablierten Machthaber. Auch die Verhaftung der Journalistin Samira Sabou am 30. September 2023 in Niger zeugt von einem Klima des Terrors gegen alle abweichenden Stimmen. Mit Hilfe von «videomen», die im Dienst der Mächtigen stehen, wird jede Kritik an der Verwaltung als Kritik an der Armee interpretiert, also als Verrat an der Nation ausgelegt. Kritiker:innen werden so zu Staatenlosen im eigenen Land gemacht. In Zeiten der Krise mobilisieren afrikanische Regime Antikolonialismus als politische Ressource, doch darf die in diesem Teil Westafrikas heute herrschende Stimmung gegen die Politik Frankreichs, nicht ausser Acht gelassen werden.

Ungefestigte Modalitäten

Es ist etwas zu früh, sich über die ideologische Grundlage der Militärregime in der Sahelzone zu äussern, wenn man bedenkt, dass alle diese Offiziere noch vor nicht allzu langer Zeit die Notwendigkeit der Operation Barkhane für die Stabilität der Sahelzone hervorhoben. Die Annäherung an das Russland von Putin hat den Abzug der französischen Truppen aus diesen Ländern lediglich beschleunigt. Das Fiasko der Operation Barkhane und die Verschlimmerung der dschihadistischen Aufstände haben die antifranzösische Stimmung in der Bevölkerung vergrössert.

Dieser radikale ideologische Wandel lässt sich möglicherweise durch die Realitäten vor Ort erklären. Alle drei Länder haben sich Russland angenähert, jedoch mit unterschiedlichem Charakter. Mali setzt dezidiert auf die Strategie, mit militärischen Kräften gegen den Terrorismus vorzugehen. Burkina hat seine «Volontaires pour la défense de la patrie» (VDP), und wenn es sich auch an Russland wendet, dann vielleicht, um «IB» zu schützen. Was Niger betrifft, so wissen wir nicht, was das Regime mit Russland vereinbaren wird, auch wenn es diplomatische Avancen macht. In diesem Bündnis hat jeder seinen eigenen Ansatz gegenüber Russland, und dieses ist in der Lage, flexibel zu reagieren: Es hält eine Palette von Dienstleistungen bereit, und wer mit ihm zusammenarbeiten will, wählt aus diesem Katalog aus. Die drei Länder haben sich im Moment nicht für die gleiche Art der Zusammenarbeit mit Russland entschieden. ■



Lamane Samané ist Politikwissenschaftler an der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität von Ségou, Mali. Den Text hat Susy Greuter übersetzt (Bild: zvg). Kontakt: lamane.savane@yahoo.fr.

Anfälle von ideologischer Klarheit oder Pragmatismus

Zur Klage Südafrikas gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof

Elísio Macamo analysiert und kritisiert die Widersprüchlichkeit der südafrikanischen Politik, die er auf ein Seilziehen zwischen Ideologie und Pragmatismus innerhalb des regierenden ANC zurückführt. Der Niedergang der südafrikanischen Wirtschaft und Politik sowie die bevorstehenden Wahlen in diesem wichtigen Land stimmen nachdenklich. Soll der Positionsbezug zu Israel von internen Problemen ablenken?

Es ist lange her, dass Südafrika viel unternahm, um sich in der Welt positiv in Szene zu setzen. Unabhängig davon, was man von der Natur des Konflikts zwischen Israel und Palästina hält, scheint die Klage der südafrikanischen Regierung vor dem Internationalen Gerichtshof, in der sie die israelische Regierung des Völkermordes in Gaza beschuldigt, eine prinzipielle politische Haltung zu dokumentieren. Jahrzehntelang genoss die Schwarze Bevölkerung Südafrikas die Unterstützung und Solidarität praktisch der ganzen Welt in ihrem Kampf gegen ein politisches Regime, das das eigene Existenzrecht als implizite Erlaubnis interpretierte, das Recht anderer auf Achtung ihrer Menschenrechte zu missachten. Indem sie Israel vor Gericht bringt, scheint die südafrikanische Regierung die moralische Überlegenheit wiederzuerlangen, die sie damals als Befreiungsbewegung genoss, indem sie auf der Grundlage von Prinzipien eine politische Intervention vornimmt, die jeder anständige Mensch problemlos anerkennen kann.

Die positiven und lobenden Reaktionen, die auf das afrikanische Land niederprasseln, vermitteln den Eindruck, dass die Regierung diesmal einen wichtigen Nerv im menschlichen Gewissen getroffen hat. Es ist nicht so, dass dieses Lob dem Recht Israels, sich gegen den Terrorismus von Gruppen wie der Hamas zu verteidigen, gleichgültig gegenübersteht, und es ist auch nicht so, dass diejenigen, die es aussprechen, in dem komplexen Konflikt Partei ergreifen. Das Lob scheint lediglich auf eine gewisse Unzufriedenheit mit dem hinzuweisen, was als Überreaktion der israelischen Verteidigungskräfte angesehen werden kann.

Eine unbequeme Frage

Aber es gibt ein Problem mit dem unbeirrbareren Engagement der südafrikanischen Regierung in der Palästinafrage. Die Formulierung dieses Problems könnte als *ad hominem* Argument gegen Südafrika gesehen werden, sie ist jedoch für eine Analyse und Verständnis der südafrikanischen Position notwendig. Die prinzipielle Haltung, die die südafrikanische Kampagne gegen das, was sie als Völkermord in Gaza betrachtet, zu prägen scheint, unterscheidet sich erheblich von der Art und Weise, wie die eigene Regierung in letzter Zeit auf Probleme zuhause reagiert.

In den letzten fünfzehn Jahren wurden beispielsweise Ausländer:innen afrikanischer Herkunft, die in Südafrika wirtschaftliche und politische Zuflucht suchten, Opfer fremdenfeindlicher Gewalt, die in Afrika oder in vielen Teilen der Welt kaum ihresgleichen hat. Sie hat nicht ganz die Qualität der «Pogrome», unter denen die Juden im Laufe der europäischen Geschichte zu leiden hatten, aber diese Gewalt hat fast die gleiche Morphologie, da sie darauf abzielt, ihre Opfer zu Sündenböcken für Probleme zu machen, die die Innenpolitik nicht zu lösen vermag.

Für diejenigen, die sich an die zahllosen Opfer erinnern, die die afrikanischen Länder im Kampf gegen die Apartheid gebracht haben, ist es jedoch seltsam, wie apathisch die aufeinanderfolgenden südafrikanischen ANC-Regierungen dem Problem gegenüber zu sein scheinen. Mit der ehrenwerten Ausnahme von Julius Malema von den «Economic Freedom Fighters» haben sich nur wenige «progressive» südafrikanische Politiker:innen durch eine konsequente und kohärente Verteidigung der Rechte afrikanischer Ausländer hervorgetan. Als vor etwa acht Jahren nach fremdenfeindlichen Ausschreitungen, die viele Mosambikaner:innen am Boden zerstört in ihre Heimat zurückkehren liessen, der international renommierte mosambikanische Schriftsteller Mia Couto in einem offenen Brief Südafrika vorwarf, die Solidarität der Mosambikaner:innen mit den Südafrikaner:innen zur Zeit des Befreiungskampfes zu vergessen, erklärte der damalige Präsident Jacob Zuma in einem in der britischen Zeitung *The Guardian* veröffentlichten Brief, dass es sich um die Taten einer Minderheit handle.

Er fügte hinzu, dass diese Taten nicht allen Südafrikaner:innen angelastet werden könnten – ein durchaus berechtigtes Argument. Doch im gleichen Atemzug anerkannte er die Bedenken der Gewalttäter und erweckte damit den Eindruck, die Gewalt zu verteidigen. Das Problem besteht weiterhin, und in den letzten Jahren hat sich eine selbsternannte «Bürger»-Bewegung namens «Dudula» – ein Zulu-Begriff, der «Verschwinde von hier» bedeutet – sogar als Partei registriert, um bei den für dieses Jahr geplanten Wahlen anzutreten. Die Ohnmacht der südafrikanischen Regierung gegenüber den extrem gewalttätigen und unmenschlichen Methoden dieser Gruppe spricht Bände.

Messen mit verschiedenen Ellen

Ein weiteres Beispiel ist die Haltung der südafrikanischen Regierung zur russischen Aggression gegen die Ukraine. In der Form gibt es beunruhigende Parallelen zwischen dieser Aggression und dem, was die israelischen Verteidigungskräfte tun. Russland nutzt sein Recht auf Sicherheit, um sich das Vorrecht anzumassen, die Souveränität eines anderen Staates anzugreifen, einschliesslich der Einmischung in dessen Politik. Seine wahllosen Angriffe auf die zivile Infrastruktur der Ukraine mögen den terroristischen Charakter seiner militärischen Aktionen nicht direkt dokumentieren, aber sie verdienen eine klare und unmissverständliche Verurteilung durch jeden, der ein moralisches Gewissen hat. Dies hat die südafrikanische Regierung nie getan. Vielmehr hat sie sich mit Hilfe eines anticolonialen Diskurses und dem Verweis auf die in progressiven Medien zunehmend so bezeichnete «westliche Heuchelei», durch eine Komplizenschaft mit dem Putin-Regime ausgezeichnet. Sie war sogar bereit, Putin in Südafrika zu

empfangen, obwohl er vom internationalen Gerichtshof angeklagt wurde. Es ist erstaunlich, dass ein Land, das den Kolonialismus verabscheut und die Souveränität aller Nationen respektiert, sich so gleichgültig gegenüber dem Schicksal der Ukraine zeigt.

Dieses Beispiel ist nicht unbedeutend. Es wirft die Frage darüber auf, was die Politik in Südafrika wirklich antreibt. Ist es Ideologie oder Pragmatismus, also eine auf Verantwortungsethik gründende Haltung? Ein grosser Teil des Kampfes gegen die Apartheid wurde vor dem Hintergrund einer ideologischen Verpflichtung geführt. Der ANC hat den Apartheidstaat nicht nur bekämpft, weil er ein unmenschliches Regime war. Er kämpfte gegen die Apartheid, weil diese im Kern und aus der Sicht der Freiheitskämpfer:innen die Manifestation eines als unmenschlich empfundenen Wirtschaftssystems war, nämlich des Kapitalismus. Die Verletzung der Menschenrechte der Schwarzen Bevölkerung in Südafrika zeigte, was «die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen» als Gesellschaftsmodell hervorbringt. Das bis heute andauernde Bündnis zwischen dem ANC und der Kommunistischen Partei Südafrikas weist auf die ideologische Seite des ANC hin.

Pragmatismus der ANC-Regierungen

Interessant ist jedoch, dass der ANC trotz seines starken ideologischen Engagements in seiner Innenpolitik stets versuchte, pragmatisch vorzugehen. Er widerstand der Versuchung, der andere Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika (die Frelimo in Mozambique, die MPLA in Angola und, mit Verspätung, die ZANU in Zimbabwe) nicht widerstehen konnten, nämlich der ideologischen Vorgabe zu folgen und die Wirtschaftsakteure zu verstaatlichen, um so – nach ihrer Auffassung – jenes Problem im Keim zu ersticken, welches von ihnen bekämpften Übel verursacht hatte, nämlich den Kapitalismus. Das Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramm (RPD), das Nelson Mandela unmittelbar nach der Öffnung des politischen Systems anführte, war pragmatisch ausgerichtet, und obwohl es durch die Notwendigkeit legitimiert war, die Ungerechtigkeiten der Vergangenheit zu korrigieren, war es nicht ideologisch orientiert.

Selbst das Programm, das das RDP ablöste – das berühmte GEAR (Growth, Employment, and Redistribution) – war zwei Jahre später, etwa 1997, mit seiner Betonung der Privatisierung und der Verringerung der Rolle des Staates ausgesprochen neoliberal. Die innenpolitische Ausrichtung Südafrikas in dieser frühen Phase und auch in den folgenden Jahren deutete nicht auf die Vorherrschaft einer ideologischen Haltung hin. Zwar haben die verschiedenen internen Konflikte, die zu grösseren Spaltungen geführt haben – beispielsweise zur Entstehung der Economic Freedom Fighters und sogar zur Übernahme der Exekutivgewalt durch Jacob Zuma von Thabo Mbeki, der vom radikalen Flügel des ANC zunehmend als Verräter an der ideologischen Sache angesehen wurde – stets ein Spannungsverhältnis zwischen Ideologie und Pragmatismus offenbart, das die Identitätssuche des ANC bis heute mit drastischen Folgen für die Innenpolitik prägt.

In der Tat hat Südafrika in fast jeder Hinsicht Rückschritte gemacht. Die Strassen- und Eisenbahninfra-

struktur hat sich merklich verschlechtert. Die Fluggesellschaft, die eine Zeit lang den Himmel über Afrika und der Welt beherrschte, ist nur noch ein Schatten ihrer selbst, ganz zu schweigen von den gravierenden Problemen bei der Stromversorgung, die das tägliche Leben beeinträchtigen und zur schlechten Leistung der Wirtschaft beitragen. Selbst in Bezug auf das, was im Mittelpunkt des politischen Diskurses des ANC steht, nämlich die Ungleichheit, hat sich die Situation seit 1994 verschlechtert. Der Gini-Koeffizient von 64 ist einer der höchsten der Welt. Die Konzentration des Reichtums setzt sich fort, diesmal unter Einbeziehung einer Schwarzen Minderheit, die aufgrund des Diskurses über die Ermächtigung der Schwarzen, welcher der Anti-Apartheid-Bewegung so wichtig war, sozial aufgestiegen ist.

Flucht vor internen Problemen?

Die zunehmende Spaltung innerhalb des ANC – mit den jüngsten Ankündigungen mehrerer prominenter Mitglieder, die Partei bei den nächsten Wahlen nicht mehr zu unterstützen, oder auch mit der Gründung neuer Parteien, die aus dem ANC hervorgehen – kann als latente Manifestation der Spannung zwischen Ideologie und Pragmatismus interpretiert werden, die die Politik in Südafrika kennzeichnet. Mit gewissen Vorbehalten kann man sogar sagen, dass die südafrikanische Regierung es angesichts der gigantischen internen Herausforderungen vorzieht «wegzulaufen» (Flucht nach vorne), indem sie internationale Fronten eröffnet, die den Millionen von Südafrikaner:innen, die noch immer auf die wirtschaftlichen Früchte des Sieges über die Apartheid warten, wenig oder gar nichts bringen. Es gibt ein echtes Tauziehen zwischen denjenigen, die Südafrika pragmatisch betrachten, und denjenigen, die dies ideologisch tun. Das unmittelbare Opfer dieses Tauziehens sind die Erwartungen und Sehnsüchte, die den Traum von der Freiheit in diesem wichtigen afrikanischen Land genährt haben.

Man kann also das Strafverfahren gegen Israel als einen momentanen Sieg der Ideologen oder als ein Zugeständnis der Pragmatiker an jene betrachten, die eine müde ideologische Fahne schwenken, die nichts zur Lösung der ernstesten Probleme des Landes beiträgt. Das Einzige, was sie zu erreichen scheinen, ist eine gewisse narzisstische Befriedigung über das Engagement für eine gute Sache.

Wäre die südafrikanische Regierung in ihrem Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit konsequent und entschlossen gewesen, und hätte sie darüber hinaus eine prinzipielle Haltung zur russischen Aggression gegen die Ukraine eingenommen, dann gäbe es Grund zu der Annahme, dass es sich nicht um eine ideologische, sondern um eine auf einer Verantwortungsethik basierende pragmatische Position handelt. Eine unmissverständliche Verurteilung von Putins Russland und eine Unterstützung der internationalen strafrechtlichen Verfolgung des russischen Präsidenten hätte die südafrikanische Kampagne keineswegs behindert, sondern ihr im Gegenteil noch mehr Kraft verliehen. Sie hätte den Vorrang des Pragmatismus vor der Ideologie nicht nur in der Aussen- sondern auch in der Innenpolitik des Landes demonstriert. ■

Schuldenkrise

Mozambiques kleine Befreiungsschläge

Mozambique leidet weiter an den Folgen der verheerenden Kreditaufnahmen bei der inzwischen bankrotten Credit Suisse und der russischen VKB-Bank. Da die durch die libanesische Firma Prinvest gelieferten Boote für den Tunfischfang ungeeignet sind und weiter im Hafen von Maputo verrotten, will Mozambique nun versuchen, Prinvest zumindest für die gegen 130 Millionen USD zu belangen, die als Schmiergelder an Verantwortliche der Firma geflossen sein sollen. Dieses Recht hat das englische Obergericht dem klagenden Staat nun auch zugebilligt – die Credit Suisse ist bekanntlich längst mehrfach für Hunderte von Millionen für die arglistige Aufnötigung von Krediten bestraft worden. ■

Afrika droht in Schulden zu ersticken – und bezahlt ein Mehrfaches für seine Kredite

Verzögerungen bei der Rückzahlung von Krediten kommen Afrika teuer zu stehen. Eine englische NGO hat errechnet, dass in den nächsten Jahren mehr als 50 Milliarden USD überfällig sind und deshalb schlussendlich das Fünffache für Kredite bezahlt werden müsse, als anfänglich berechnet. Nigeria bezahle doppelt so viel für seine Schulden, als es für Gesundheit und Bildung ausgeben könne! Die NGO plädiert für vermehrten Kredit durch den IWF und die Weltbank, welche diesen Ländern günstigere Kredite gewähren solle.

Neue Beispiele von Überschuldung liefern zurzeit Kenya und Zambia. Die mit grossem Pomp eingeweihte modernste Eisenbahnverbindung zwischen Mombasa und Nairobi sollte ursprünglich zu mehr Inlandstationen und in weitere Nachbarländer ohne Zugang zum Meer weitergeführt werden. Das Projekt musste jedoch gestoppt werden. Die offenen Kredite von über 4,7 Milliarden USD aus chinesischen Quellen belasten das Budget übermässig, weil die Einnahmen aus dem Zugverkehr geringer ausfallen als projiziert. Das heisst, eine Amortisation wird sich zu lange hinziehen, falls sie überhaupt möglich ist. Zambia führt zurzeit Verhandlungen mit dem Hauptgläubiger China und zeigt sich zuversichtlich, dass es nach dem mühsam gekitteten Zahlungsrückstand vom Jahr 2020 die 18 Milliarden USD Schulden in Balance wird halten können. ■

Ernährungssicherheit

AGRA – Agent der Grünen Revolution in Afrika ...

Vor 17 Jahren, als die Alliance for a Green Revolution in Africa (AGRA) mit einem dickem Polster der Bill and Melinda Gates-Foundation gegründet wurde – bekanntlich unter Beteiligung von Syngenta – gab es vollmundige Versprechen: Bis 2020 sollte die Produktivität des Getreideanbaus verdoppelt, die Nahrungsunsicherheit halbiert sein, und sollten 30 Millionen Farmer:innen erreicht werden. Bei Erreichen dieses Termins hat die Agentur allerdings nichts über ihre Erfolge verlauten lassen. Vielmehr wurden Anfragen sogar abgewiesen. Andere Instanzen haben bei ihren Nachforschungen eine Produktivitätssteigerung von 18 Prozent feststellen können – obwohl in diesem Zeitraum 500 Millionen USD an Subventionen geflossen sind und Regierungen jährlich mindestens eine Milliarde USD zur Unterstützung von Saatgut- und Düngemittelkäufen ausgegeben haben. Andererseits werden nun für die afrikanischen Landwirtschaftsministerien die verringerte Bodenfruchtbarkeit und Rückhaltung von Wasser aufgrund von Überdüngung offensichtlich. ■

Mobilität und Austausch

Innerafrikanische Visa

Vermehrter Austausch, die Abstimmung in politischen Belangen und mehr interner Handel – dies waren die Ziele der Regionalverbände Afrikas und der Afrikanischen Union. Die relativ bescheidene und zugleich vielerorts ähnlich gelagerte Produktion von Konsumgütern hat dieses Vorhaben in andere Bahnen gelenkt: in Militärische Kooperation, Migration und häufig auch in informellen Kleinhandel. Günstig für mehr Austausch dürfte die Abschaffung der Visa-Pflichten sein, die sowohl von Rwanda, Ghana, Benin, DRC, Uganda und Südafrika ausgesprochen wurden. Rwanda hat diesen Schritt auf den Start einer Tourismus-Konferenz in Kigali lanciert und mit entsprechender Werbung auch in den afrikanischen Metropolen verbunden.

Binnenland Äthiopien

Schon die ersten Andeutungen des äthiopischen Präsidenten, dass sein Land sich nicht länger ohne Zugang zum Meer entwickeln könne, ja seit 30 Jahren aufgrund eines «Fehlers» (der Unabhängigkeit Eritreas?) seines natürlichen Meeranstosses beraubt sei, wurde in der Weltpresse misstrauisch aufgenommen. Konkret war jedoch keine militärische Aktion vorgesehen. Nun unterzeichneten Somaliland und Äthiopien ein Memorandum, welches Äthiopien den Zugang zu den Häfen Somalilands und die Möglichkeit zur Stationierung der äthiopischen Marine verspricht. Somalia, welches immer noch Souveränitätsrecht über die 1991 sezessionierte, englischsprachige Provinz hält, protestierte scharf und mobilisierte Verbündete in der Region. Die USA sahen sich genötigt, Somaliland das Recht auf Vertragsunterzeichnung abzusprechen, während die Afrikanische Union im gleichen Sinne, intervenierte, aber auch ein Verhandlungsangebot machte. ■

Energiesicherheit

Pflästerchen für den Süden – Energiesicherung für den Norden

Berlin hat kürzlich ein Treffen von Delegationen der G20 mit afrikanischen Regierungsvertretungen, einen so genannten «Compact with Africa» abgehalten, welcher die Planung zukünftiger wirtschaftlicher Zusammenarbeit vorantreiben soll. Kanzler Scholz hat dabei die Entwicklung der «grünen» Energiegewinnung ins Zentrum und Unterstützung von bis zu 4,5 Milliarden Euro bis Ende des Jahrzehnts allein für diesen Zweck in Aussicht gestellt. Deutschland will sich verpflichten, solar gewonnenen Wasserstoff zu importieren und will dieses Ziel staatlich fördern. Private Investitionen europäischen Kapitals in diesen Sektor sollen angekurbelt und entsprechende Produktions- und Transferaussichten gesichert werden.

Es ist zu hoffen, dass auch die Hilfsfonds für ökologische Anpassungsmassnahmen und Schadensbehebungen der ständig verstärkten klimatischen Extreme so kulant bedient werden. Die nun versprochenen 656 Millionen USD dieses Fonds werden – selbst wenn real bezahlt – ein Klacks bleiben. Der geschätzte Bedarf geht gegen 400 Milliarden USD pro Jahr allein für die Kompensation der Verluste und Schadensbehebung. Investitionen in Präventivmassnahmen hinsichtlich von Wetterexzessen sind nicht eingerechnet. ■

Klimawandel

Bilanz des vierten Quartals 2023

Kamerun: Nach ungewohnt grossen Regenmassen ist in der Hauptstadt Yaoundé ein Damm gebrochen. Erdbeben zerstörten ein halbes Quartier, 30 Menschen starben, weitere erlitten Verletzungen, und die beschädigten Häuser wurden schliesslich geschleift.

Somalia und Kenya: Im Osten des Kontinents macht sich erneut das El Niño Phänomen bemerkbar. In Somalia verursachte der ungewöhnlich ergiebige Regenfall Überschwemmungen. Diese fluteten städtische Bereiche und ein Flüchtlingslager, töteten 29 Menschen und vertrieben geschätzt 300 000 Menschen aus ihren Wohnungen, so auch die schon Geflüchteten im erwähnten Lager. Kenya berichtet von 20 000 aufgrund von Überschwemmungen entlang der Küste um Mom-basa obdachlos gewordenen Familien.

Südafrika: Johannesburg wurde über zwei Tage wiederholt von Hagelstürmen mit Körnern in der Grösse von Golfbällen heimgesucht.

Äthiopien: Das Horn von Afrika erlebt seit 2019 kontinuierlich den Ausfall der Regenzeiten, was im Norden von Äthiopien durch den Verlust von Viehherden (geschätzt 40 000 Rinder) und von Feldfrüchten zur eigentlichen Hungersnot geführt hat. Medizinische Zentren haben den Hungertod von mehreren Hundert Menschen rapportiert, was die Zentralregierung allerdings dementierte. ■

Durchkommen mit Wahlbetrug

Zimbabwes Politik des Aussitzens und der Repression

**In seinem Kommentar zur zimbabwischen Wahl-
farce vom August 2023 beschreibt Melusi Nko-
mo die Taktik autoritärer Regierungschefs, durch
Wahlen ihren Machterhalt zu sichern und Kritik
an deren Durchführung auszusetzen. Dem zim-
babwischen Präsidenten, Emmerson Mnangag-
wa, ist es so gelungen, sich nicht nur wenn auch
zweifelhafte Legitimität zu sichern, sondern auch
die Opposition nachhaltig zu schwächen.**

Das bestens bekannte Skript für Machterhalt in Afrika beinhaltet die Kontrolle des Sicherheitsapparates (Polizei, Armee, Geheimdienst usw.), die Kontrolle weiterer staatlicher Ressourcen sowie den Einsatz von brutaler Gewalt, um interne Opponenten in Schach zu halten. Seit den frühen 1990ern haben zahlreiche afrikanische Regierungen dieses Instrumentarium durch das Mittel inszenierter Wahlen erweitert, welche in den vorhersehbaren Sieg des jeweiligen Machthabers münden. Eine ansehnliche Anzahl akademischer Forschungsarbeiten sowie die Volksmeinung haben festgestellt, dass von Algerien bis Zimbabwe die Regime für ihren Machterhalt auf das Kalkül von Wahlen setzen, unter Beachtung minimalster demokratischer Standards und Praktiken. Viele dieser Wahlen werden in einem Klima abgehalten, das von Einschüchterung von Wähler:innen, Stimmzettelfälschung, Wahlkreismanipulation, korrupten und voreingenommenen Wahlkommissionen und Richtern geprägt ist.

Proteste verkommen zum Hintergrundgeräusch

Wenn die Wahlen vom August 2023 in Zimbabwe als Indikator genommen werden, gibt es Grund zur Annahme, dass die autoritären Regime in Afrika gegen jegliche Form von Wahlkontroversen immun geworden sind und sich über Kritik und Druck von inner- und ausserhalb ihrer Grenzen hinwegsetzen. Für einen gerissenen und entschlossenen autoritären Machthaber, geschickt im Umgang mit verschiedenen politischen Strategien, einschliesslich Wahlen, Zwangsmitteln, Versprechen auf demokratische Reformen (oder stückweisen Fortschritt) und internationaler Demokratie, stellen Proteste und Bestürzung nicht viel mehr als Hintergrundgeräusche dar. Präsident Emmerson Mnangagwa, der Machthaber und Kandidat der regierenden Zimbabwe National Union-Patriotic Front (ZANU PF) erhielt 52,6 Prozent der Stimmen, sein bestabschneidender Widersacher Nelson Chamisa von der Opposition Citizen's Coalition for Change 44 Prozent.

Ein weiterer zunehmender Trend besteht in einer Verzögerungstaktik und im verbissenen Bestreben der autoritären Machthaber, ihre Opponenten dadurch zu frustrieren. Dies geschieht geplant oder unbeabsichtigt und ohne sichtbare Gewaltanwendung. Das Wahldatum wurde am 3. Mai 2023 festgesetzt, kaum dreieinhalb Monate vor dem grossen Tag. Die der Opposition und der Öffentlichkeit verfügbar gemachte Wahlliste war voller Fehler, unfertig und wurde verspätet abgege-

ben. Wahlversammlungen der Opposition waren zwar nicht vollständig verboten, sie waren aber auch nicht vollständig zugelassen. Sie wurden behindert und Bewilligungen nur willkürlich erteilt (die Aufhebung von Bewilligungen erfolgte auf Grund unberechtigter gesundheits- oder sicherheitspolizeilicher Vorwände). Der Nomination von Kandidat:innen, insbesondere solcher der Opposition, wurde jeder erdenkliche bürokratische Stolperstein in den Weg gelegt. Die Gerichte erklärten einige Nominierungen für ungültig wegen Nichterfüllung echter oder fabrizierter technischer Voraussetzungen, liessen sie nach Einsprüchen wieder zu, nur um sie erneut für ungültig zu erklären, was einige der Kandidat:innen so entmutigte, dass sie sich definitiv von der Wahl zurückzogen. Die exorbitanten Kosten für eine Kandidatur (20 000 USD für die Präsidentschaft, 1000 USD für einen Parlamentssitz) waren ebenfalls wenig hilfreich. All dies hat der Mobilisierung der Opposition geschadet. Ihr Lager wurde gebeutelt, ihre Kräfte erschöpft, und sie war bereits halb demoralisiert, als der Wahlkampf begann. Aber es ging weiter mit den Verzögerungen und der Verfolgung. Am Wahltag gingen die Wahlzettel in den meisten Wahllokalen in den Hochburgen der Opposition aus, nachdem diese erst mit grosser Verspätung öffneten. Die Öffnungszeit war auf sieben Uhr morgens angesetzt worden.

Geschicktes Spiel mit der Machtmaschinerie

Aber der autoritäre Machthaber zeigte auch grosses Geschick darin, den guten Willen verschiedener Akteure (in- wie ausländischer) vor und nach der Wahl zu nutzen. Er ist zu gerissen geworden, um sich bei der offenen Verletzung demokratischer Regeln erwischen zu lassen. So schaffte er ein Szenario, in dem er alles und jeden ausser sich selbst beschuldigte. Wenn es zu Verzögerungen bei der Lieferung der Wahlurnen oder bei der Verkündung der Wahlresultate kam, dann war dies aufgrund technischer und logistischer Pannen, die überall hätten passieren können. Schliesslich haben nicht einmal die ältesten liberalen Demokratien in der westlichen Welt perfekte Wahlsysteme. Gleichzeitig machte sich der autoritäre Machthaber bei einem grossen Teil der Bevölkerung und bei Aussenstehenden beliebt, indem er die ganzen ihm zur Verfügung stehenden Machtmaschinerien und Patronagemechanismen in Gang setzte – die administrativen, diplomatischen, juristischen, sozialen und kulturellen Institutionen. Als Folge davon zog beim Vorwurf des Wahlbetrugs ein substantieller Teil interessierter Parteien in Zweifel, ob überhaupt Wahlbetrug vorlag oder spielte diesen herunter. Dieser Zweifel genügte, um den Anspruch auf Legitimität des Regimes zu rechtfertigen. Missbilligende Stimmen wie jene von Nevers Mumba und der von ihm geleiteten Wahlbeobachtungsmission der Southern African Development Community (SADC), welche in ihrem Bericht festhielt, dass die Wahl «den Anforderungen der zimbabwischen Verfassung, dem Wahlgesetz und den Prinzipien und Richtlinien der SADC betreffend demokratische Wahlen nicht genügte», wurden ins Abseits gedrängt und gemobbt. Nevers Mumbas Engagement für den afrikanischen Kontinent und dessen Bewohner:innen wurde hinterfragt.

Kurzlebige politische Kontroversen

Der autoritäre Machthaber ist sich der Unsicherheit von Übergangsperioden bewusst und kennt auch die Kurzlebigkeit von politischen Kontroversen in einem Zeitalter aufschäumender Trends in den sozialen Medien. Die heissen moralischen Online-Empörungen verblassen so schnell wie sie auftauchen, indem sie buchstäblich mit dem Daumen von den Smartphones weggeschwift werden. Die Scheinwerfer verschwinden nur zu schnell. Der autoritäre Machthaber ist mehr als je zuvor bereit es auszusetzen. Danach kann die harte Repression wieder aufgenommen werden: Entführungen und Verhaftungen von Opponent:innen (die im Vorfeld der Wahlen reduziert wurden); Verweigerung der Freilassung gegen Kautio; Verzögerung von Gerichtsterminen, unnötige Verlängerung von Konflikten an regionalen Gipfeltreffen, in der Presse und in den sozialen Medien, in der Öffentlichkeit, und schliesslich mit einer Verschleppstaktik im Parlament. Durch die Ausnut-

zung von verfassungsrechtlichen Lücken werden gewählte Opponent:innen diskreditiert, und wahrnehmbare Differenzen in den Oppositionsparteien werden genutzt, um diese weiter zu schwächen.

Lähmende Demoralisierung der Opposition

Das Aussitzen von Problemen und diese über eine unverhältnismässig lange Zeit hinauszuschieben ist ein mächtiges politisches Instrument des autoritären Machthabers. Das Resultat ist dann nicht nur «Despoten im Gewand von Demokraten» und «Wie man Wahlen fälscht und damit durchkommt», sondern sie haben auch herausgefunden, wie man die lähmende Demoralisierung innerhalb der Opposition begünstigt. Auf vielen Ebenen ist die Kultivierung eines derartigen Umfelds unzweifelhaft zwingend. Aber einmal mehr ist es ein Spiel auf Zeit: noch einmal fünf Jahre rückwärts und vorwärts bis zur nächsten Wahl – eine Politik des Aussitzens und der Repression. ■

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Die Masken fallen

bm. Trotz Wahlmanipulation ist es der ZANU-PF nicht gelungen, die für eine Verfassungsänderung erforderliche Zweidrittelmehrheit zu erreichen. Eine solche benötigt Emmerson Mnangagwa für die angestrebte Sicherung einer dritten Amtsperiode in fünf Jahren. Um dieses Ziel dennoch zu erreichen, benutzte die ZANU-PF wie schon bei den letzten Wahlen Konflikte in der Oppositionspartei, um von der Bevölkerung gewählten Parlamentarier:innen die Legitimierung abzuspochen. Insgesamt 23 Abgeordnete der CCC wurden von Parlament und Senat ausgeschlossen. Die Bereitschaftspolizei entfernte sie gewaltsam aus dem Parlament. Für die Nachwahlen vom 9. Dezember 2023 und 3. März 2024 wurde ihnen die Nomination verweigert. Diese Querelen haben zum Auseinanderbrechen der Opposition geführt.

Parallel zu diesen Machenschaften schränken Repressalien den demokratischen Freiraum weiter ein. James Chidhakwa, ehemaliger, sowie Takudzwa Ngadziore, neu gewählter Parlamentarier, wurden von Geheimdienstleuten entführt, gefoltert und erhielten eine Injektion mit einer unbekannt Substanz. Verletzungen ihrer demokratischen Rechte mussten auch zahlreiche Wahlbeobachter:innen der Opposition erleiden, die nach den Wahlen Opfer von Repressalien wurden (niedergebrannte Häuser, sonstige Gewalt). Bei den Nachwahlen wurde ein Wahlhelfer der Opposition, Bischof T. Masaya, am 11. November 2023

von Anhängern der ZANU-PF entführt und ermordet. 595 Tage verbrachte der vormalige Parlamentarier der Opposition, Job Sikhala, im Hochsicherheitsgefängnis Chikurubi. Trotz gesundheitlicher Probleme wurde ihm Freilassung auf Kautio verweigert. Er kam im Januar frei, nachdem er zu zwei Jahren bedingt verurteilt wurde.

Präsidentieller Zugriff auf die Wirtschaft

Derweil konsolidiert Mnangagwa seine Macht. Im neuen Kabinett sitzen enge Vertraute und zwei seiner Söhne. Die Militärs, die ihm zur Macht verhalfen, wurden ins Abseits gestellt. Ein präsidentieller Erlass vom 19. September 2023 unterstellte den zimbabweischen Vermögensfonds Mutapa Fund der praktisch ausschliesslichen Verfügung des Präsidenten. Der 2014 gegründete Fonds verwaltet das Staatseinkommen aus Bergbau und anderen Quellen. Gemäss dem Erlass haben Öffentlichkeit und Parlament keinen Anspruch auf Information über dessen Tätigkeit. Zudem untersteht der Fonds weder den Beschaffungsvorschriften noch der Devisenkontrolle. Wesentliche parastaatliche Unternehmen wurden ihm unterstellt, darunter auch Kuvimba Mining House, ein wichtiger Akteur bei der Lithiumgewinnung. Der Konzern gehört zum Imperium des mit Mnangagwa verbundenen Tycoons Tagwirei. Weitere Unternehmen sollen zukünftig in den Fonds integriert werden. Damit wird ein lukrativer Teil Zimbabwes zum Privatbesitz des Präsidenten. •



Melusi Nkomo ist Associate Research Scholar am Princeton Institute for International and Regional Studies (PIIRS), an der Princeton University in den USA. Kontakt: mn8973@princeton.edu (Bild: zvg. Melusi Nkomo).

Literatur

Buchbesprechungen



Worte wie Zeichnungen im Sand

ef. Die zweisprachige Ausgabe von Gedichten der angolischen Lyrikerin Ana Paula Tavares macht uns mit einer leisen, aber eindringlichen Stimme der afrikanischen Literatur bekannt. Die Gedichte sprechen vom Blühen der Bougainvillea und der Jacaranda, von der Kraft der Natur und der Verbundenheit, dem Verwobensein der Menschen, des menschlichen Körpers, mit ihr. Dazu gehört auch der Tod, der erst ermöglicht, dass das Leben weitergeht. Die wie leicht hingepinselt wirkenden Bilder erfassen die Welt aus einer weiblichen Perspektive, deuten auf die Leinenwäsche, die am Meer trocknet, das noch warme Brot, die Eier, die geholt werden, die Kinder an der Hand. Die Gedichte entwickeln einen sanften Sog und schaffen vielfältige Bezüge zu anderen Autor:innen, zur afrikanischen Geistesgeschichte, zu Paris als imaginierte Stadt der Literatur. Liebesgedichte finden einfache, starke Worte für die Angst, das Zögern, die Hingabe. Und natürlich ist das Finden einer eigenen Sprache, die es ermöglicht, genaue diese ganz spezifische Realität zu erfassen, zentrales Thema.

Leider wird die Übersetzung dem Original nicht immer gerecht. Manche Ungenauigkeiten machen die Gedichte schwerer zugänglich als nötig und verwischen Feinheiten und Zusammenhänge. Trotzdem lohnt sich die Lektüre. Sie ermöglicht, eine bedeutende Lyrikerin der ersten Generation kennenzulernen, die nach der Unabhängigkeit Angolas zu publizieren begann. ■

Ana Paula Tavares:
Wie feine Adern in der Erde &
Wildes Wasser.
Stuttgart 2021 (Edition Delta).

Nigerianisches Debut

cvl. Freundschaften, die in jungen Jahren entstehen, sind meistens etwas Besonderes und können sehr lange überdauern. Der Debütroman von Tomi Obaro handelt von drei Freundinnen aus Studienzeiten, Funmi, Enitan und Zainab, die Jahre später wieder zueinander finden an der Hochzeit von Destiny, Funmis Tochter. Das Buch teilt sich auf in die Ereignisse in der Gegenwart (2015) und ihrer Studienzeit Mitte der 1980er Jahre, als sie Zeuginnen von politischen Turbulenzen wurden. Ihre Leben haben sehr unterschiedliche Richtungen genommen und trotzdem finden sie sich zu dieser Hochzeit wieder zusammen.

Ob die Freundschaft tatsächlich der Mittelpunkt ist, wie der deutsche Titel vermuten lässt, ist fraglich. Der Originaltitel «Dele Weds Destiny» weist vielmehr auf die Hochzeit hin. Wer hier allerdings eine grosse Überraschung erwartet, wird enttäuscht, denn das Drama zeichnet sich schon früh ab. Vielleicht sollte man eher den Hinweis im Namen der Braut sehen: Destiny bedeutet Schicksal. Die Hochzeit sticht dann auch sprachlich als fulminante Beschreibung einer modern-traditionellen Yoruba Zeremonie hervor.

Die drei sehr unterschiedlichen Frauen sind durch ihr gemeinsames Schicksal verbunden und werden dies immer sein. Und so kann man das Buch vielleicht vielmehr als schillernde Darstellung betrachten, wie das Leben den Menschen mitspielen kann. Eine spannende Beschreibung des zeitgenössischen Nigerias: zwischen Islam und Pfingstkirchen, Moderne und Tradition, Superreichen und Benachteiligten, der nigerianischen Diaspora und der Heimat. ■

Tomi Obaro:
Freundin bleibst du immer.
Berlin 2022 (Hanserblau).

Die Stärke der Frauen

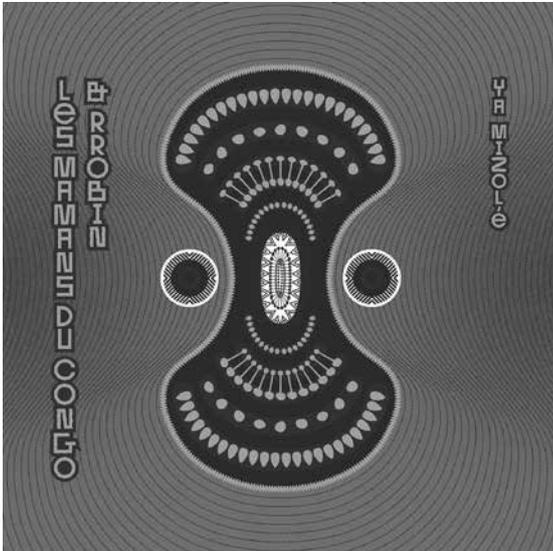
ef. 2018 gewann der kongolische Gynäkologe Dr. Denis Mukwege den Friedensnobelpreis für seine Arbeit mit Vergewaltigungsopfern im Osten der Demokratischen Republik Kongo (DRC). Sein nun vorliegendes Buch ist eine Mischung aus Autobiographie, feministischem Plädoyer und gesellschaftlicher Analyse über die Misere vieler Frauen in Kriegsgebieten im Allgemeinen und im östlichen Kongo im Speziellen.

Anhand verschiedener Stationen in seinem langen Kampf für Gerechtigkeit schildert er das Grauen, mit dem er und seine Mitarbeiter:innen und Mitstreiter:innen täglich konfrontiert sind, und wie sie den Opfern dieser beispiellosen Gewalt zu helfen versuchen. Dass es ihm nicht immer gelingt, liegt nicht nur an der korrupten Politik und Justiz in der DRC, sondern auch an der kapitalistischen Gier des Westens, der heute die Bodenschätze der Region plündert und damit wissentlich die Rebellen mitfinanziert.

Zeitweise, etwa in der Mitte des Buches, fällt es schwer, das Buch in der Hand zu behalten, weil das Unvorstellbare durch Mukweges Beschreibung so real wird. Trotzdem lohnt es sich dranzubleiben, denn der Feminist und Pazifist schafft es immer wieder, die Hoffnung trotz allem durchschimmern zu lassen.

Zurück bleibt dann besonders eine grosse Bewunderung und Respekt für diesen besonderen Menschen und sein Team. ■

Denis Mukwege:
Die Stärke der Frauen. Wie weibliche
Widerstandskraft mich lehrte, an eine
bessere Welt zu glauben.
Gütersloh 2022 (Bertelsmann).



Elektronische afrikanische Musik. Einmal wohlig, einmal brutal

Von Les Mamans du Congo & Robin kommt mit *Ya Mizolé* eines der beachtenswertesten Alben afrikanischer Musik der letzten Zeit. Es ist wunderbar wie sich hier klassischer weiblicher Bantu-Gesang mit dezenten elektronischen Beats vereinigt. Les Mamans du Congo bestehen aus der grossartigen Sängerin Gladys Samba und vier feinen Background-Sängerinnen. Die chorale Musik wird mit passender elektronischer Musik des Produzenten Robin unterlegt, welcher sich auch mit französischem Hip-Hop beschäftigt. Schöne Bantu-Wiegenlieder treffen auf urbane Töne. Oft ist ein perfekter viestimmiger Gesang zu hören, welcher richtig gefangen macht. Dazwischen wird es eine Spur intergalaktisch. Das verleiht der Musik eine besondere Note, alles durchzogen von feinen Basslinien. Dazu kommen gleich feinen Regentropfen besondere marimbaartige Einschübe. In diese Platte muss man bewusst reinhören, erst dann wird die Vielschichtigkeit richtig klar. Die fünf Frauen singen in Lari und Französisch. Im Grunde ist es eine einfache Musik mit viel Wärme, Gefühl und Intensität,

trotz einer manchmal fast nervösen Elektronik. Aufgenommen wurde das Album in Brazzaville. Es ist ein schönes Beispiel dafür, wohin sich neue afrikanische Musik entwickelt.

Auch bei Nihiloxica gibt es viel Elektronik, aber völlig anders. Das Musikkollektiv kommt aus Uganda, besser gesagt aus Kampala. *Source of Denial* ist nicht ihre erste Produktion. Ihrem Stil bleiben sie aber treu: hart, schnell und von viel Perkussion getragen. Bei der Musik des sechsköpfigen Kollektivs hat man manchmal den Eindruck, sie würden verwandelten Hardcore-Sound machen. Doch hier gibt es keinen Crossover. Diese Musik ist verdammt eigenständig, ohne Anpassung an den Mainstream – harter Stoff, radikal politisch. Die Basis ist ein Buganda-Rhythmus mit seinen speziellen Schlaginstrumenten, vermischt und verfremdet mit gekonnter Elektronik. Dabei werden Wortfetzen, Gesänge und Telefonate eingestreut. Die eine Hälfte der Band lebt in Grossbritannien, die andere in Uganda. So ergeben sich für das Zusammenarbeiten mühsame, ja erschreckende Visa-probleme und Auseinandersetzungen mit rassistischen englischen Beamten:innen. Diese Erfahrungen werden im rebelli-

schon Sound verarbeitet. Die Musik entwickelte sich aus dem gegenkulturellen Nyege-Nyege Festival, aus dem in letzter Zeit einiges an neuer, radikaler afrikanischer Musik entstand. Traditionelle perkussive Musik verdichtet sich mit Elektronik zu einem neuen afrikanischen Dance-Sound, der in allen afrikanischen Metropolen zu hören ist und neuerdings weltweit ausstrahlt. Es ist keine schöne Musik, und sie macht keinerlei Konzessionen. Sie ist nie überproduziert, bombastisch oder effekthascherisch, sondern sie ist einfach da – mit voller Wucht. Da wird radikal die Tortur der Einreise nach Grossbritannien dargestellt. Ihr braucht ein Visum? Viel Spass! Wir wollen euch nicht, wir mögen euch nicht, bleibt draussen! Hörbar im heuchlerischen Jargon von Bürokrat:innen. Doch am Schluss der Platte legt die Band, mitten im Blabla, den Hörer auf – ein eindrückliches Ende!

Ein sehr aktuelles, brutales und dennoch tanzbares Album. Ein Meisterwerk. ■

Les Mamans du Congo & Robin:
Ya Mizolé. Jarring Effects Rec.

—
Nihiloxica:
Source of Denial. Crammed Discs.

Die Besprechung verfasste Pius Frey. Bezugsadresse für CDs: Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen, medien@comedia-sg.ch, www.comedia-sg.ch, mit umfassendem Angebot aktueller CDs mit Musik aus Afrika.



Mitteilung an unsere Leserinnen und Leser

2024 erscheint das Afrika-Bulletin im 49. Jahrgang. Gemäss Beschluss der Herausgeber:innen wird es der letzte Jahrgang sein. Per Ende Jahr wird das Erscheinen des Bulletins eingestellt. Was hat uns zu diesem Schritt bewogen?

Das Afrika-Bulletin entstand aus der Solidaritätsbewegung mit dem anticolonialen Befreiungskampf im südlichen Afrika. Nach dem Fall des Apartheidregimes erweiterte unsere Publikation ihren Fokus auf Afrika schwerpunktmässig mit Themen wie Land Grabbing, Extraktivismus, Giftmüllexport, Rohstoffhandel, illegitime Finanzflüsse, Klimawandel, Kultur, um nur einige Beispiele zu nennen. Wo möglich wurden afrikanische Autor:innen beigezogen. So hat sich das Afrika-Bulletin gewandelt und sich auf die neuen Bedingungen ausgerichtet. Der kleine, aber treue Leser:innenkreis sowie die Partnerschaft mit dem Zentrum für Afrikastudien konnten zwar die Weiterführung sichern, jedoch ergab sich daraus weder die notwendige Verjüngung des Redaktionsteams, zu der noch die Gründergeneration gehört, noch eine wesentliche Erweiterung und Verjüngung des Publikums.

Auch in der Vergangenheit wurde afrikanischen Themen in den Leitmedien nur wenig Platz eingeräumt. Heute stellen wir fest, dass sich das Interesse an und die Beschäftigung mit Afrika verlagert hat, beides ist parzellierter, spezialisierter geworden. Afrika ist in der Schweiz viel präsenter als früher, es präsentiert sich aber nicht mehr als «Afrika» (als Kontinent), sondern thematisch, spezifisch, lokal. Afrikaner:innen sind sichtbar als darstellende Künstler:innen, Fotograf:innen, Schriftsteller:innen, Theatermacher:innen, Designer:innen, Modemacher:innen, Musiker:innen, Fachleute, Akademiker:innen, Feminist:innen, Umweltaktivist:innen, aber auch als Schweizer:innen und als in der Diaspora lebende Migrant:innen. Mit unseren begrenzten Möglichkeiten als auf freiwilliger Basis tätige Aktivist:innen konnten wir diese Entwicklungen nur bedingt nachvollziehen.

Auch aufgrund des neuen Medienkonsumverhaltens erscheint es wenig sinnvoll, ein altes Format neu zu konzipieren. Wir freuen uns auf frische Initiativen und sind gespannt auf neue Organe und Plattformen, die hoffentlich den Raum einnehmen werden.

Unserer Leserschaft danken wir für das Interesse, die Begleitung und Unterstützung über all die Jahre. ■

Studienreise Zimbabwe, 4. bis 19. Mai 2024



Die jahrelange Verbindung von fepa mit Zimbabwe ermöglicht den Reiseteilnehmer:innen Begegnungen und Einblicke in die Verhältnisse des krisengeschüttelten Landes im Süden Afrikas. Wir treffen junge Aktivist:innen aus den urbanen Zentren des Landes, besuchen Pionier:innen des ökologischen Landbaus, erhalten Einblicke in Geschichte und Ökonomie und besuchen das UNESCO Weltkulturerbe Great Zimbabwe. Nicht zu vergessen die attraktiven Landschaften Zimbabwes und die warme Gastfreundschaft seiner Bewohner:innen. Geleitet wird diese fünfte Studienreise erneut von Zimbabwe-Kennerin Barbara Müller zusammen mit der Zimbabwerin Tatenda Mutema. Info: www.fepafrika.ch/reise